

Zwei historische Gedenktage.

Eine Erklärung der Gesellschaft zum Schutz von Bürgerrecht und Menschenwürde.

Die Mitglieder der Gesellschaft zum Schutz von Bürgerrecht und Menschenwürde begehen den 8. Mai zusammen mit dem 9. Mai als „Tag der Befreiung vom Faschismus“ und als „Tag des Sieges der Sowjetunion im Großen Vaterländischen Krieg“. In diesem Jahr wird der 70. Jahrestag dieser beiden herausragenden historischen Ereignisse des XX. Jahrhunderts begangen.

In guter Tradition aus der Zeit der DDR würdigen wir die kolossalen Leistungen und Opfer, die die Völker der Sowjetunion, insbesondere das russische Volk, in der Antihitlerkoalition für den Sieg über den Hitlerfaschismus erbracht haben und damit wesentlich die Befreiung Europas und unseres Volkes vom faschistischen Regime ermöglicht.

Mit dieser Befreiungstat wurden

- das deutsche faschistische Staatswesen zerschlagen, das in seinem terroristischen und mörderischen Charakter nicht zu überbieten war, das die Menschenvernichtung fabrikmäßig organisierte und dabei war, die Völker Europas zu versklaven;
- dem von ihm angezettelte Vernichtungskrieg mit unsäglichen menschlichen Opfern und Verwüstungen ein Ende gesetzt. Mehr als 27 Millionen Sowjetbürger haben dafür ihr Leben gegeben, an ihrer Seite Tausende Kämpfer der Alliierten und der Partisanenverbände in vielen europäischen Ländern;
- das Abgleiten Europas in Barbarei und Sklaverei mit Millionen Arbeitssklaven unter der Knute einer privilegierten Rasse aufgehalten.

Das sind die historischen Dimensionen und wer glaubt, diese nach 70 Jahren zu leugnen oder verdrängen zu können ist entweder ignorant oder böswillig.

Die Mitglieder unserer Gesellschaft wenden sich entschieden gegen alle Versuche diese historische Bedeutung des 8. Mai als Tag der Befreiung vom Faschismus und des 9. Mai als Tag des Sieges der Sowjetunion im Großen Vaterländischen Krieg zu relativieren und zu verfälschen oder sie der politischen Konjunktur zu unterwerfen.

* * *

Diese historischen Gedenktage verpflichten zur Besinnung und zur Beantwortung der Frage: Wie konnte es geschehen? Wie konnte in Deutschland und in Europa, mit jahrhundertealten Werten in Kultur und politischer Tradition der Aufklärung, ein derart mörderisches Regime an die Macht befördert werden?

Diese Fragen sind zu beantworten, besonders auch angesichts des gegenwärtigen unwürdigen Umgangs der offiziellen Politik mit diesen Gedenktagen.

Es waren die Aushöhlung der Demokratie und der Missbrauch ihrer Institutionen im Interesse der Machterhaltung der Bourgeoisie; die politischen Freiräume, die damit für Rechtsnihilismus, für Revanchismus, für Rassismus und Antisemitismus geschaffen wurden. Flagranter Menschenrechtsverletzungen, die Militarisierung der

Gesellschaft und die ungeheure soziale Polarisierung und Verelendung der werktätigen Massen prägten die politischen Auseinandersetzungen der letzten Jahre der Weimarer Republik. Es hatte sich eine starke Arbeiterbewegung entwickelt, deren Einfluss ständig wuchs. In dieser Situation, die durch die Weltwirtschaftskrise noch verschärft wurde, hat die Großbourgeoisie die Faschisten an die Macht geschoben, als „Ordnungsfaktor“ für den Erhalt des kapitalistischen Systems und ihrer Profitinteressen.

Birgt nicht die heutige Gesellschaft, die viel beschworene freiheitlich-demokratische Grundordnung ähnliche Gefahren in sich? Mögen die Bilder unterschiedlich sein – im Wesen sind sie gleich. Umso mehr ist es notwendig antifaschistische Aktionen zu organisieren bzw. zu unterstützen, antifaschistische Aufklärung zu betreiben, die die historischen und sozialen Wurzeln faschistischer Ideologie entlarvt.

Das ist eine abzutragende Schuld gegenüber den ungeheuren Opfern, die für die Befreiung vom Faschismus gebracht wurden und eine Verantwortung gegenüber kommenden Generationen.

Die Mitglieder unserer Gesellschaft werden sich in diesem Sinne auch zukünftig im Verbund mit anderen Organisationen aktiv an der antifaschistischen Arbeit beteiligen, stärker noch den antifaschistischen Charakter unserer Gesellschaft ausprägen.

* * *

Der Umgang der Bundesregierung – und unter ihrem Einfluss vieler europäischer Regierungen – sowie der sogenannten Leitmedien mit diesen beiden Gedenktagen ist nicht dazu angetan, nationalistischen und rechts-populistischen Stimmungen entgegenzuwirken. Im Gegenteil. Die viel beschworene offizielle Erinnerungskultur hat weder etwas mit Erinnerung – im Sinne der historischen Wahrheit – noch etwas mit Kultur – im Sinne eines kulturvollen Umgangs mit dem Erinnern – zu tun. Am deutlichsten wird das in dem Bemühen auf verschiedene Art und Weise Faschismus und Kommunismus auf eine Stufe zu stellen. Es ist beschämend festzustellen, welche Signale dazu vom politischen Establishment dieser BRD in die Gesellschaft hinein getragen werden.

Durch die politischen Eliten werden Gedenken und gar Lehren aus der Geschichte mehr und mehr durch die Ideologie einer neuen Vormachtstellung Deutschlands, der „größeren Wahrnehmung internationaler Verantwortung“ und des „stärkeren militärischen Engagements“ verdrängt. Dabei stützen sie sich auf die wirtschaftliche Macht; die vor allem durch wachsende Ausbeutung der Werktätigen erzwungen wurde und wird.

Diktiert von diesem neuen Machtstreben agiert die Regierung der BRD in der internationalen Politik, insbesondere bei der Lösung des Konfliktes um die Ukraine. Sie stellte und stellt sich aktiv an die Seite der von radikal – nationalistischen und faschistoiden Elementen sowie Oligarchen durchsetzten Opposition und unterstützte aktiv deren Machübernahme.

Die in diesem Zusammenhang von Regierung und Medien in treuer Gefolgschaft mit den USA betriebene Politik gegen Russland richtet unermesslichen Schaden an für Frieden und Sicherheit in Europa, für die ökonomische Entwicklung des Konti-

nents aber auch für das Denken und Fühlen in der Gesellschaft, wo alte, antirusischen Ressentiments wieder um sich greifen.

„Deutschland ist wieder wer“ und ist in der NATO aktiv an der Schaffung eines aggressiven Rings um Russland beteiligt, nimmt dabei führende Positionen ein.

Deutschland spielt eine bestimmende Rolle bei der Durchsetzung der völkerrechtswidrigen Sanktionspolitik gegen Russland und bedient dabei die Interessen der USA. So richtet sich seine Politik gegen das Land und die Menschen, die die größte Last bei der Befreiung vom Faschismus vor 70 Jahren getragen haben.

Die Ignoranz der Geschichte ist kaum zu überbieten!

Unsere Gesellschaft sieht Deutschland nicht unter den Gesichtspunkt „wer wieder wer oder was ist“ sie sieht unser Land als ein Land, das aus seiner historischen Verantwortung heraus, mit seinem menschlichen und ökonomischen Potential alles dafür tun sollte, nationalistische und rechtspopulistische Entwicklungen, die in neuen Formen von Faschismus münden können, zu verhindern sowie eine friedliche Entwicklung und einen Interessenausgleich zwischen den Völkern des europäischen Kontinents herbeizuführen.

* * *

Im Sinne dieser Erklärung werden die Gesellschaft zum Schutz von Bürgerrecht und Menschenwürde e.V. und ihre Mitglieder im engen Verbund mit anderen fortschrittlichen Organisationen den 8. Mai als Tag der Befreiung von Faschismus und Krieg und den 9. Mai als Tag des Sieges der Sowjetunion im Großen Vaterländischen Krieg würdig begehen.

Wir sehen uns in der Pflicht des Schwurs der befreiten Häftlinge von Buchenwald, in dem es heißt

**„Die Vernichtung des Nazismus
mit seinen Wurzeln ist unsere Losung.
Der Aufbau einer neuen Welt
des Friedens und der Freiheit
ist unser Ziel.“**

Berlin, im April 2015